

2000 Wuppertaler demonstrieren für den Erhalt der Schulsozialarbeit

Eine Großdemo zog am Mittwoch friedlich durchs Elberfelder Zentrum.



Auch viele Schüler beteiligten sich am Mittwoch an der Demo für die Schulsozialarbeit.

Wuppertal. „Schulsozialarbeit muss bleiben!“ Mit dieser Forderung gingen am Mittwoch Nachmittag knapp 2000 Wuppertaler auf die Straße und protestierten mit Plakaten, Luftballons und Trillerpfeifen für den Erhalt des Beratungsangebots, das bis Ende dieses Jahres befristet ist.

„Bund und Land sind gefragt, damit die Schulsozialarbeit 2014 weitergehen kann“, appellierte Frank Gottsmann vom Wuppertaler Aktionsbündnis Schulsozialarbeit am Mittwoch zum Abschluss der Kundgebung auf dem Elberfelder Laurentiusplatz.

Zuvor war die Demo vom Schauspielhaus über die B 7 gezogen, unter Beteiligung vieler Kinder, Lehrer, Eltern – und natürlich auch zahlreicher Schulsozialarbeiter. Sven Oliver Schütt ist einer von ihnen. Er engagiert sich an der Gesamtschule Barmen, eine von 52 Schulen im Stadtgebiet, an denen jungen Leuten bei schulischen, sozialen oder familiären Problemen mit Beratung und Unterstützung geholfen wird. „Ich habe allein im vergangenen Jahr mit mehr als 100 Fällen zu tun gehabt, in denen es teils um Verwahrlosung, psychische Probleme oder auch Suizidgefahr ging“, berichtet er. Sorgen und Nöte, wie es sie an allen Schulen gebe: „Ohne Schulsozialarbeit hätten die Betroffenen oft gar keine Hilfe.“

Wie berichtet, soll das mit Bundesmitteln finanzierte Angebot im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets im kommenden Jahr nicht mehr fortgeführt werden. Seit Monaten protestieren deshalb nicht nur Eltern, Lehrer und Betreuer, sondern auch Kinder, Jugendliche und Eltern in Wuppertal gegen das drohende Aus.

„Wir haben hier eine sehr gute und gewachsene Zusammenarbeit von Schulen, Jugendamt und freien Trägern“, betont Frank Gottsmann vom Aktionsbündnis. „Es wäre fatal, wenn diese gute Arbeit nicht weitergehen könnte.“ Dr. Christoph Humburg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, spricht von „einem Armutszeugnis, sollte es die Politik nicht schaffen, eine Lösung zur Fortsetzung zu finden“. Werde jetzt nicht investiert, so zahlten am Ende die Kinder den Preis – darin waren sich die Aktiven des Aktionsbündnisses am Mittwoch einig.